Vorhaben der Berliner Regierung, den Religionsunterricht an Schulen abzuschaffen

Kategorie : 0. Allgemeine Nachrichten
VerÃ¶ffentlicht von Staufer am 28.03.2005

Pressemitteilung Katholische Elternschaft Deutschlands (KEG)

Berliner Regierung will christliche Religionen diskriminieren

KEG: Vorhaben der Berliner Regierung, den Religionsunterricht an Schulen abzuschaffen, verstößt gegen Wort und Geist des Grundgesetzes

„Mit der Absicht, den Religionsunterricht abzuschaffen und gegen einen nichtssagenden und politisch manipulierbaren Werteunterricht auszutauschen, diskriminiert die Berliner Regierung eindeutig die christlichen Religionen“. Mit dieser Feststellung reagierte Bundes-vorsitzender Bernhard Buckenleib auf ein Vorhaben, das Anfang April durchgeboxt werden soll.

Aus guten Gründen habe man in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts dem staatlichen Bildungsmonopol Grenzen gesetzt und im Grundgesetz den Religionsgemeinschaften garantiert, dass die Inhalte ihres Glaubens und ihrer Werteorientierung in öffentlichen Schulen vermittelt werden.
Das Vorhaben der Berliner Regierung sei deshalb nicht nur eine vorsätzliche Diskriminierung der Religionsgemeinschaften und aller Gläubigen, sondern vor allem ein frontaler Angriff auf die Ordnung des Grundgesetzes, der Grundlage unseres Staates.
Mit diesen staatsauflösenden Parolen der Alt – 68er könne Deutschland weder ideell noch wirtschaftlich in Europa bestehen, so Buckenleib weiter. „Wer keinen gesicherten Stand-punkt mehr hat, der wird zum Spielball aller anderen – aber anscheinend will das diese Regierung in Berlin“.--

ZdK-Präsident protestiert gegen Unterrichtsfach "Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde"
Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Pressemeldung

(Berlin) Mit Empörung hat der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, auf Pläne derÂ Berliner Regierungskoalition zur Einführung eines Pflichtfachs "Lebensgestaltung - Ethik - Religionskunde" reagiert. Damit werde versucht, ein staatliches Monopol der Wertevermittlung an den Schulen zu etablieren, da nach Äußerung maßgeblicher Repräsentanten der Berliner Senatskoalition dieses Unterrichtsfach dazu dienen solle, den Schülern eine religionskritische Einstellung zu vermitteln und den freiwilligen Religionsunterricht aus der Schule zu verdrängen. In dieser Absicht sehe man einen Angriff auf die Grundlagen der Verfassungsordnung, erklärte Meyer heute in Berlin. Zu Unrecht beriefen sich die Befürworter eines solchen Modells auf die so genannte Bremer Klausel. Vielmehr verstoße
die von maßgeblichen Kräften der Berliner Koalitionsparteien geplante Regelung in eklatanter Weise gegen das Grundrecht auf Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, von dessen Beachtung kein deutsches Land entbunden sei. In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin,

Klaus Wowereit, betonte Meyer, dass das Vorhaben der Berliner Senatskoalition als eine Provokation aller Bürgerinnen und Bürger mit religiöser Überzeugung angesehen werden müsse. Dies sei umso mehr der Fall, als die christlichen Kirchen in Berlin seit langem das Modell einer Fächergruppe vorgeschlagen hätten, welche der besonderen Situation Berlins entspreche. Da ein staatliches Wertemonopol im schulischen Unterricht im eklatanten Widerspruch zu den Grundprinzipien der freiheitlichen Demokratie stehe, werde das Zentralkomitee der deutschen Katholiken nicht zögern, alle Kräfte des deutschen Laienkatholizismus zu mobilisieren, um diesem Anschlag auf die Gewissens- und Bekenntnisfreiheit entgegen zu treten, so Meyer. Er hoffe deshalb, dass sich jene Kräfte innerhalb der Senatskoalition durchsetzen werden, die das Modell der Fächergruppe befürworten.